

Oktober/November 1917 : ein Rückblick

Autor(en): **Wullschläger, Rudolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **75 (1997)**

Heft 3

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341347>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Oktober/November 1917.

Ein Rückblick

Anders als im Leben eines Individuums ist der achtzigste Jahrestag für ein geschichtliches Ereignis kaum ein besonderer Markstein. Wenn wir hier dennoch die Ereignisse, die vor 80 Jahren die Welt erschütterten, die nachmals von den Siegern als «gross» und «ruhmvoll» genannte Oktoberrevolution zum Anlass eines Rückblicks nehmen, so vor allem deshalb, weil sowohl die Entstehung und Existenz wie auch das letztliche Scheitern der «Arbeitermacht» auch bei uns nicht ohne Auswirkungen blieben, bzw. bleiben.

Rudolf Wullschläger

Dass im Entstehen des Sowjetstaates bereits dessen künftiger Kollaps vorgezeichnet war, sei hier nur als Möglichkeit erwähnt. Zuweit sind Anfang und Ende der Sowjetmacht voneinander entfernt, als dass wir die Gebrechen, die schliesslich zum Zusammenbruch führten, ohne weiteres auf Geburtsfehler zurückführen dürfen. An diesen freilich war kein Mangel. Doch zuerst ein Blick auf die Vorgeschichte.

Vorgeschichte

Im letzten Viertel des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Russland (von der weit in den Balkan hineinreichenden byzantinisch-feudalen Türkei einmal abgesehen) der einzige grosse Staat Europas, in welchem keine bürgerliche Revo-

lution stattgefunden hatte. Kein Wunder denn, dass so gut wie alle progressiven Kräfte Europas Russland als den Hort der Reaktion fürchteten und – oft wider bessere Einsicht in die Gegebenheiten – den Sturz des Zarismus herbeizuprophezeien suchten. So schrieb etwa Friedrich Engels am 10. Jan. 1860 an Wilhelm Liebknecht: «Ich gratuliere Dir zum neuen Jahr und damit wohl sicher in Fluss kommenden russischen Revolution, die sofort ganz Europa einen anderen Charakter aufdrücken wird».

Die Niederlage der russischen Heere im Krimkrieg führte auch dem Zar und seiner Kamarilla die Rückständigkeit von Wirtschaft, Verwaltung und Armee Russlands drastisch vor Augen. Die längst überfällige Aufhebung der Leibeigenschaft (1861) und weitere Reformen erleichterten zwar mindestens oberflächlich gesehen das Los der Bauern, änderten aber die Zustände auf dem flachen Land nicht grundlegend, und die von den Herrschenden erhoffte soziale Entspannung blieb aus. Es kam immer wieder zu lokalen Aufständen und Unruhen besonders in Gebieten mit nichtrussischen Bevölkerungsmehrheiten. Beschleunigt oder vielmehr erst ermöglicht wurde durch die Aufhebung der Leibeigenschaft die industrielle Entwicklung. Damit formierte sich auch ein Fabrikproletariat, dessen Anteil an der gesamten Volksmasse im Vergleich zu jener in entwickelten Industriestaaten relativ bescheiden blieb, das aber grösstenteils in einigen wenigen Industriestädten (Petersburg, Moskau etc.) konzentriert war.

Hauptprobe 1905 (-1908)

Dieses Proletariat hatte, wenn möglich, eine noch erbarmungslosere Ausbeutung als jenes der frühen europäischen Industriegeschichte zu erdulden. Es wurde daher rasch eine ernstzunehmende politische Kraft und bewies seine Aktivität schon in den 90er Jahren des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in ausgedehnten Streikbewegungen, in denen zunehmend auch politische Forderungen erhoben wurden. Die Unzufriedenheit der Bauern, die verzweifelte Lage der landlosen Dorfbevölkerung und die revolutionäre Stimmung in den politisch wachsten Schichten der Arbeiterschaft ergaben ein hochgefährliches Gemisch. Ein Funke genügte, um eine revolutionäre Explosion auszulösen. Unmittelbar gezündet wurde sie durch den für Russland verhängnisvollen Krieg gegen Japan, sowie durch das Blutbad in den ersten Januartagen des Jahres 1905, das der Zar als Antwort auf die friedliche Bittprozession der vom Popen Gapon angeführten Petersburger Bevölkerung anrichten liess. Die rasche und entschiedene Niederlage der zaristischen Truppen im fernen Osten zeigte auf, wie morsch die Pfeiler waren, auf denen das ganze Machtgebilde der Romanowschen Autokratie stand. Der Ruf nach Reformen ertönte nun gar aus den Reihen des liberalen Bürgertums und der ländlichen lokalen Selbstverwaltungsverbände (Semstwo). Aber die eigentlichen revolutionären Kräfte waren unter den Arbeitern und Bauern zu suchen. Doch die Bauernaufstände blieben weitgehend unorganisiert und ohne zentrale Führung. Die Bauern forderten etwa die Zuteilung von Gutsbesitzerland, die Senkung oder Abschaffung von Abgaben und Steuern, aber kaum die Verjagung des Zaren. Sie suchten auch nicht die Verbindung zu den streikenden Arbeitern, und deren Führung hatte keinen Einfluss auf die Bauernkomitees.

«Zwei Parteien»

Die Streikaktionen der Arbeiterschaft, so eindrücklich auch die Zahl der daran Beteiligten erscheinen mochte, blieben grösstenteils spontane Reaktionen auf die durch den Krieg noch unerträglicher gewordene Lage. Die Führung des Proletariats war gespalten. Zwar gehörten ihre wichtigsten Repräsentanten der gleichen Partei, der «sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands» (SDARP), an. Aber die beiden Flügel dieser Partei, die Menschewiki einerseits und die Bolschewiki andererseits unterschieden sich in ihren unmittelbaren Zielen und in ihrer Taktik grundlegend.¹ Wohl betrachteten beide den Sozialismus als ihr Ziel. Aber während für die Menschewiki im rückständigen Russland die bürgerliche Revolution und damit die vorläufige Herrschaft der Bourgeoisie auf der Tagesordnung stand, zielten Lenin und seine Bolschewiki auf eine Revolution hin, die wohl aus einer bürgerlichen hervorgehen, aber direkt das Tor zur Diktatur des Proletariats öffnen sollte. Die beiden Fraktionen hatten sich bereits soweit voneinander entfernt, dass im April 1905 anstatt des fälligen 3. Parteitags der SDARP zwei separate Konferenzen abgehalten wurden, die der Bolschewiki in London, jene der Menschewiki in Genf. Wenn auch die Wahl dieser Konferenzorte zeigt, dass die meisten Repräsentanten der Linken wegen der Unterdrückung jeglicher Freiheit im Zarenreich zur Emigration gezwungen waren, so beweist

¹ Bolschewiki (Mehrheitler) und Menschewiki (Minderheitler) sogenannten nach den Kräfteverhältnissen am 2. Parteitag der SDARP. Diese widerspiegeln den Einfluss der beiden Tendenzen auf die Basis nicht korrekt. Bis zum Sommer 1917 blieben die Bolschewiki in der Arbeiterschaft eine Minderheit allerdings eine äusserst zielstrebige und entschlossene. Der entscheidende Bruch mit den Menschewiki und die Bildung einer straff organisierten bolschewistischen Kaderpartei erfolgte an der Prager Parteikonferenz 1912. Bis 1918 bezeichnete sich die Partei nach wie vor als «sozialdemokratisch», allerdings mit dem Zusatz (B) für Bolschewiki.

sie auch, dass ihre Führer von den Schauplätzen der Revolution ursprünglich sehr weit entfernt waren. Im übrigen war wohl die Kurzformel Lenins: «Zwei Parteitage – zwei Parteien» der adäquate Ausdruck für den Zustand der SDARP.

Einige Jahre später charakterisierte Lenin in einem Vortrag im Volkshaus Zürich die Revolution von 1905 mit folgenden Worten: «Die Eigentümlichkeit der russischen Revolution besteht eben darin, dass sie nach ihrem sozialen Inhalt eine bürgerlich-demokratische, nach ihren Kampfmitteln aber eine proletarische war. Sie war bürgerlich-demokratisch, weil das, was sie unmittelbar erstrebte und unmittelbar mit ihren eigenen Kräften erreichen konnte, die demokratische Republik, der Achtstundentag, die Konfiskation des enormen Grossgrundbesitzes der Adligen war ... (Sie) war gleichzeitig eine proletarische, nicht nur in dem Sinne, dass das Proletariat ... die Avantgarde der Bewegung darstellte, sondern auch in dem Sinne, dass das spezifisch proletarische Kampfmittel, nämlich der Streik, das Hauptmittel der Aufrüttelung der Massen ... bildete.»

Die von Lenin erwähnten Ziele sind bekanntlich nicht erreicht worden. Die revolutionäre Bewegung erreichte ihren Höhepunkt im Dezember 1905 mit dem Generalstreik in Moskau (und einigen weiteren Städten), der unmittelbar in einen bewaffneten Aufstand überging. Doch dieser für den Zarismus gefährlichsten Aufwallung folgte bald die – angesichts der ideologischen und militärtechnischen Unreife der städtischen Aufständischen und ihrer weitgehend inexistenten Verbindung mit den revolutionären Schichten der Bauernschaft – unvermeidliche Niederlage.

Es dauerte noch bis zum Jahr 1907 bis sich die Nacht für viele Jahre wieder über Russland senkte und der Zar samt seinen Anhängern im In- und Ausland sich wieder in Sicherheit wähnen konnte. Das Jahr 1905 zeigte klar auf, welche revolu-

tionäre Stosskraft das russische Proletariat entfalten konnte, und die ersten Arbeiteräte (Sowjets), die damals spontan entstanden, waren wegweisend für zukünftige Organisationsform der russischen. Die Verhaftung der sozialdemokratischen Duma-Abgeordneten, die Vertreibung der wichtigsten Repräsentanten der Linken, die erbarmungslosen Kosaken-Einsätze gegen aufmüpfige Bauern und die überaus blutigen Progrome gegen jüdische Ghettos, kurz der «weisse Terror», verhinderten in den folgenden Jahren ein neues Aufflammen der Revolution.

Neue Lage

Im Sommer 1914 fiel in Sarajewo der Startschuss für das von den Mächtigen längst vorbereitete scheusslichste Gemetzel der bisherigen Geschichte. Es schuf auch für Russland eine neue Lage, indem die grundsätzliche Opposition gegen Zarismus, Ausbeutung und Krieg momentan erstickt wurde. Die Bolschewiki konnten sich kaum Gehör verschaffen und gerieten mit ihrer Parole: «Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg» selbst innerhalb der II. Internationalen in die Isolation. Inzwischen wurde in Russland das Los der Arbeiter und Bauern immer unerträglicher. Damit kam auch der anfängliche patriotische Aufschwung bald zum Erliegen. Die Zerrüttung der Wirtschaft wurde zusehends offensichtlicher. Mangels Arbeitskräften, Pferden und Zugvieh ging der Getreideanbau drastisch zurück. Der Krieg verschlang die Kräfte des Landes. Selbst Teile der Bourgeoisie begannen sich gegen den Zarenhof zu wenden. Sie fürchteten, dass der Zar mit Deutschland einen Separatfrieden abschliessen und damit das «heilige» Kriegsziel, die Eroberung Konstantinopels, verraten könnte.

Wie 1905 begann das Jahr 1917 wiederum mit Streiks und Demonstrationen, wobei sich nun vereinzelt Truppenteile den De-

monstrierenden anschlossen. In der Absicht, ein neues 1905 zu verhindern – bereits schwoll die Zahl der Demonstrierenden täglich an, wurden ihre Parolen radikaler und gingen Streiks in Aufstandsversuche über –, veranstalteten bürgerliche Dumamitglieder eine Palastrevolution und zwangen Zar Nikolaus zum Thronverzicht. Zu spät! In Petrograd hatte die Revolution gesiegt. Die Macht ging formell an eine provisorische Regierung der Bourgeoisie mit dem Sozialrevolutionär (Bauernparteilern) Kerenski an der Spitze über.

Frieden, Land, Brot, Freiheit

Gleichzeitig existierten und entstanden vielerorts Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets), wobei unter Soldaten hauptsächlich Bauern zu verstehen waren. In ihnen hatten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Mehrheit. Aus wirklich demokratischen Wahlen waren sie allerdings nirgends hervorgegangen, und noch viel weniger war dies für die Duma oder gar die provisorische Regierung der Fall. Anfänglich unterstützten die Sowjets mehrheitlich die Regierung und gaben sich der Illusion hin, sie werde den Forderungen nach Frieden, Land, Brot und Freiheit zum Durchbruch verhelfen. Weit gefehlt! Für sie war mit dem Sturz des Zaren die Revolution zu Ende.

Nicht so für den im April aus dem Exil zurückgekommenen Lenin. In seinen «Aprilthesen» postulierte er den Übergang von der parlamentarischen zur Sowjetrepublik, die Nationalisierung des Bodens, die Verschmelzung sämtlicher Banken in eine von den Sowjets kontrollierte Nationalbank usw. Aber noch waren die Bolschewiki selbst in den meisten Sowjets eine Minderheit, nicht zu reden von weitesten Teilen des Landes, wo sie kaum jemand kannte. Doch ihre Forderungen nach Frieden und nach Konfiska-

tion des Gutsbesitzerlandes wurden bald von immer breiteren Massen aufgenommen, wie auch in den nichtrussischen Gebieten ihr Ruf nach dem «Recht der Nationen auf Selbstbestimmung bis zur Bildung selbständiger Staaten».

Im Gegenzug ordnete die Regierung eine Offensive an der Front an, die jedoch jämmerlich scheiterte und die Wut der Massen und die Popularität der bolschewistischen Parolen steigerte. Die Bolschewiki selbst wurden wiederum in die Illegalität gedrängt und nahmen nun Kurs auf den bewaffneten Aufstand. Für die Regierung stand momentan aber eine andere Gefahr im Vordergrund: Die Verschwörung des Generals Kornilow. Doch dessen Pläne, Petersburg und andere revolutionäre Zentren zu besetzen und eine Militärdiktatur zu errichten, scheiterten, was wiederum den Einfluss der Bolschewiki steigerte. Diese handelten, als ob sie schon an der Macht wären, und da und dort fiel ihnen nun die Leitung der Sowjets zu – nicht immer mit lupenrein demokratischen Mitteln.

Die Regierung versuchte verzweifelt, durch Schaffung eines «Vorparlamentes» die revolutionäre Flut zu brechen und in bürgerlich-konstitutionelle Bahnen zu lenken. Aber auf dem Lande wurde den bolschewistischen Parolen folgend die Beschlagnahmung und Verteilung von Gutsbesitzerland zur Massenerscheinung. Es gab offensichtlich nur noch die Alternative: bürgerliche oder bolschewistische Diktatur. Die linken demokratischen Kräfte waren zu schwach und hatten weder ein kohärentes, den Massen verständliches Programm, noch eine Führerfigur, die sich mit Lenin hätte messen können. Auch innerhalb der bolschewistischen Führung bestand in wesentlichen Fragen keine Einigkeit, aber die Gruppe um Lenin vermochte sich fast regelmässig durchzusetzen. Die hassvolle Unduldsamkeit, die diese Fraktionskämpfe charakterisierte, liess für die Zukunft nichts Gutes ahnen.

Am 24. Oktober alter Rechnung (6. Nov.) entsandte Kerenski vergeblich Truppen zur Besetzung der Redaktion des bolschewistischen Zentralorgans. Das war für die Bolschewiki das Signal für den bewaffneten Aufstand. Tags darauf meldeten sie die Niederlage der provisorischen Regierung und den Übergang der Staatsmacht in die Hand der Sowjets. Gleichentags wurde in Petrograd der II. allrussische Sowjetkongress eröffnet, an dem sich die Bolschewiki eine starke Mehrheit gesichert hatten. Wichtigster Beschluss des Kongresses war das Dekret über den Frieden, in welchem die Regierungen der kriegsführenden Länder zum sofortigen Waffenstillstand aufgefordert wurden, und das bei den kriegsmüden Massen auch ausserhalb Russlands ein offenes Ohr fand.

Längst nicht überall ging der Machtwechsel so glatt vonstatten wie in Petersburg. Trotzdem: Bis zum Februar 1918 hatte sich die Sowjetmacht mehr oder weniger im ganzen Land durchgesetzt. Inzwischen war im Januar eine gesamtrussische Konstituante zusammengetreten. Sie wurde von den Bolschewiki, die eine Viertel der Abgeordneten stellten, nach einer Abstimmungsniederlage gleich wieder aufgelöst. Dies war ein untrügliches Zeichen

dafür, dass die Kommunisten, wie sie sich jetzt nannten, oder zum mindesten ihr leninistischer Kern nicht bereit waren, irgendwelche Opposition in- und ausserhalb der Partei zu dulden, und dass sie ihre Herrschaft mit eiserner Hand notfalls auch gegen eine Volksmehrheit durchsetzen wollten und konnten. Eine demokratische Alternative gab es wohl kaum. Aber die weitere Geschichte der UdSSR bis zu Gorbatschow blieb mit dieser Hypothek belastet.

Rudolf Wullschleger, *1916. Ökonomische und juristische Studien in Bern und Zürich. Beitritt zur SP 1936. Dann Leiter der 1940 verbotenen Unabhängig-Sozialistischen Jugend, Bern und Übertritt in die illegale KP. 1946 Redaktor an der PdA-Tageszeitung «Vorwärts». 1948-52 Dozent (Ökonomie und Gesellschaftskunde) an der Universität Halle a.S. (DDR) und später an der Hochschule für Justiz. Nach der Rückkehr in die Schweiz ohne festen Beruf und ohne Publikationsmöglichkeit. Ende Sechzigerjahre Wiederaufnahme der früheren Mitarbeit am «Öffentlichen Dienst» (Organ des VPOD). 1971 Wiedereintritt in die SP. Ab 1973 bis zur Pensionierung 1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter des VPOD.